

D1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen Grünen-Bashing stärken – Strategieentwicklung forcieren, Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampfplanung personell aufstocken und eine professionelle Social Media Abteilung einrichten

Antragsteller*in: Hildegard Bedarff (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen Grünen-Bashing stärken – Strategieentwicklung
2 forcieren, Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampfplanung personell aufstocken und
3 eine professionelle Social Media Abteilung einrichten

4 Begründung für den Dringlichkeitsantrag: Erst nach Ablauf der Antragsfrist hat
5 die Landtagswahl in Brandenburg stattgefunden. Die Dringlichkeit des Antrags
6 wird damit begründet, dass unsere Partei bei dieser Wahl wieder eine herbe
7 Niederlage einstecken musste und den Einzug in den Landtag verpasst hat, womit
8 vor einigen Wochen noch nicht gerechnet worden war. Besonders trifft es uns,
9 dass die Gruppe der Wähler unter 25 Jahren sich von unserer Partei abgewandt
10 hat. Die Brandenburg Wahl zeigt mit Dringlichkeit, dass wir mit größter
11 Entschlossenheit und Expertise auf allen Ebenen dem Abwärtstrend entgegensteuern
12 müssen.

13 Text:

14 Wir fordern unsere Partei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, dem vielfältigen Grünen-
15 Bashing proaktiver zu begegnen und auf die verlorenen Landtagswahlen in
16 Thüringen und Brandenburg mit einem entschiedenen Ausbau der
17 Öffentlichkeitsarbeit und der Strategieplanung für die anstehenden Wahlkämpfe zu
18 reagieren und eine professionelle social Media-Abteilung einzurichten.

19 Zu unseren Zielen gehört,

20 - dass wir schneller, umfangreicher und angemessener auf das Grünen-Bashing der
21 anderen Parteien, aus der Gesellschaft, durch Influencer:innen und durch bots
22 reagieren. Wir müssen auf allen politischen Ebenen Antworten auf Diffamierungen
23 finden, schlagfertiger und humorvoller werden.

24 - dass wir neue Wege finden, unseren Markenkern wieder sichtbarer und
25 attraktiver zu machen. Wir sind die Partei, die sich für den Erhalt unserer
26 natürlichen Lebensgrundlagen einsetzt, die Klima-, Natur-, und Artenschutz sowie
27 soziale Gerechtigkeit zusammen sieht und sich für eine zukunftsfähige Wirtschaft
28 und Gesellschaft engagiert. Leider liefern Starkregenereignisse
29 („Jahrhundertfluten“ in immer engerem Abstand) und Klimakapriolen immer wieder
30 Anlässe genug, die wir wirkungsvoller für unsere Kernbotschaft nutzen müssen
31 (wider die „Kopf-in-den-Sand-Politik“ der anderen Parteien).

32 - dass psychologische Mechanismen, die zur Ablehnung von Klimapolitik im
33 Besonderen oder den Grünen im Allgemeinen führen, in der Strategieplanung
34 stärker berücksichtigt werden.

35 - dass wir jungen und älteren Menschen, der ländlichen und der städtischen
36 Bevölkerung gleichermaßen zeigen können, dass wir ein gutes inhaltliches Angebot
37 haben und uns für sie einsetzen.

38 - dass wir eine professionelle Social Media Abteilung einrichten, die eine
39 professionelle Kampagne entwickelt und bespielt. Denn in der benötigten Qualität
40 und vor allem auch Quantität ist das weder von den Mitarbeiter*innen unserer
41 MdBs, MdLs oder des BuVo zu leisten. Und auch nicht von all den ehrenamtlich
42 Aktiven – auch nicht im Rahmen der Grünen Netzfeuerwehr.

43 Wir sind uns bewusst, dass die allgemeine Stimmung derzeit Grünenunfreundlich,
44 teils gar Grünenfeindlich ist, dass die Herausforderungen der Klimakrise derzeit
45 oft verdrängt werden und dass professionelle Kampagnen das Bild unserer Partei
46 in den Dreck ziehen wollen. Gerade deshalb muss die Öffentlichkeitsarbeit, die
47 social Media Arbeit und die Wahlkampfplanung unserer Partei entschieden
48 verstärkt und personell aufgestockt werden, damit neue Strategien entwickelt
49 werden können und wir unsere Kernbotschaften auf den verschiedenen Ebenen von
50 Talkshows bis zu TikTok und Diskussionen am Wahlkampfstand besser rüberbringen
51 können.

Unterstützer*innen

Katrin Stange (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Lars Bode (KV Pinneberg); Mouska Malek (KV Pinneberg); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Peer Lessing (KV Pinneberg); Frank Wegener (KV Pinneberg); Astrid Griess (KV Pinneberg); Katharina Hinte (KV Pinneberg); Meike Lindemann (KV Pinneberg); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Leonie Fischer (KV Pinneberg); Jonas P. Proeger (KV Pinneberg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Sara König (KV Schleswig-Flensburg); Ralf Brokelmann (KV Ostholstein); Bruno Hönel (KV Lübeck); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen); Jan Kürschner (KV Kiel); Britta Baar (KV Dithmarschen); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Nadine Mai (KV Pinneberg); Jasmin Moreau (KV Herzogtum Lauenburg); Annette Granzin (KV Ostholstein); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Birte Duggen (KV Lübeck); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Ulrike Täck (KV Segeberg); Alexander Gelter-Grimmelsmann (KV Neumünster); Alexander Harder (KV Stormarn)

D2-NEU Gerichtsstrukturreform

Antragsteller*in: Moritz Bührmann (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Als Landesverband von Bündnis90/ Die Grünen stehen wir für einen starken
2 Justizstandort Schleswig-Holstein. Wir stehen dafür, dass alle Menschen im Land
3 einen einfachen und effektiven Zugang zu unseren Gerichten haben. Das gelingt am
4 besten wohnortnah.

5
6 Wir begrüßen, dass nicht beim Personal, sondern an den Justizgebäuden gespart
7 werden soll. Wir sprechen uns dafür aus, dass der im Koalitionsvertrag
8 vereinbarte Personalaufbau in der Justiz und insbesondere bei den
9 Staatsanwaltschaften fortgesetzt wird.

10
11 Die technischen Möglichkeiten für die Arbeit im Homeoffice sollen weiter
12 verbessert werden; das gilt vor allem für die Performance der E-Akte und der
13 Fachanwendungen der Gerichte.

14
15 Die angekündigte Schließung und Verlegung der Arbeits- und Sozialgerichte an
16 einen zentralen Standort sehen wir aber sehr kritisch. Es wurde ein
17 ausführlicher Beteiligungsprozess gestartet, der noch am Anfang steht. Unser
18 Anspruch ist, dass wir diesen Austauschprozess kritisch-konstruktiv
19 mitgestalten.

20
21 Wir verkennen nicht, dass die Haushaltslage eine große Herausforderung ist und
22 auch die Justiz sich an den Einsparungen beteiligen muss. Nachteile bei den
23 Gerichtsstandorten müssen aber mit Vorteilen für die Rechtssuchenden
24 ausgeglichen werden. Sie dürfen nicht dazu führen, dass der Zugang zur Justiz,
25 soweit er nicht digital möglich ist, erschwert wird. Sie müssen außerdem
26 sozialverträglich für die Justizbeschäftigten sein. Ihre Interessen müssen im
27 gesamten Verfahren im Fokus sein und Berücksichtigung finden.

28
29 Wir hängen nicht an einzelnen Justizstandorten. Vielmehr muss es darum gehen,
30 Justizstandorte in der Fläche zu erhalten. Dies kann für uns auch bedeuten, dass
31 einzelne Gerichte zusammengelegt werden. Vor einer möglichen Schließung muss
32 aber geprüft werden, ob es vor Ort Alternativen mit ähnlichen Einspareffekten
33 gibt. Gleiches gilt für die angekündigte Strukturreform bei den Amtsgerichten.

34
35 Für den Fall, dass Gerichtsstandorte tatsächlich geschlossen werden müssen,
36 sollen Anreize geschaffen werden, Gerichtstage zum Beispiel in den
37 Räumlichkeiten der örtlichen Amtsgerichte abzuhalten. Dies stärkt die Präsenz
38 der Justiz vor Ort und kann auch die längeren Anfahrtswege vom neuen Standort
39 zum Arbeitsgericht oder Sozialgericht abmildern.

40
41 Zudem sind derzeit noch keine Zahlen über das tatsächliche Einsparpotential der
42 Reform bekannt. Sobald diese vorliegen, wird erneut zu prüfen sein, ob die
43 Einsparungen den damit verbundenen Rückgang der staatlichen Präsenz vor Ort
44 tatsächlich rechtfertigen.

Begründung

Am 24.9.2024 teilte die Justizministerin mit, dass seitens der Landesregierung beschlossen worden sei, Sozial- und Arbeitsgerichte auf einen Standort zusammenzuführen, der möglicherweise in Neumünster angesiedelt sein soll. Dafür sollen bestehende Standorte in Kiel, Lübeck, Itzehoe, Flensburg, Elmshorn und Schleswig zusammengelegt werden. Das in Kiel ansässige Finanzgericht soll nach Schleswig umziehen. Diese insgesamt zehn Gerichte betreffenden Maßnahmen sollen aber nicht vor 2027 und erst dann vollzogen werden, wenn ein geeignetes Gebäude vorhanden ist. Auch sollen die Amtsgerichte in den Blick genommen werden, ob Einsparungen möglich sind. Der Ausgang dieses Prozesses sei offen, es soll dabei aber auf jeden Fall mindestens ein Amtsgericht pro Landkreis erhalten bleiben.

Die geplante Reform der Gerichtsstruktur hat Nachteile zur Folge. Ein Rückzug aus der Fläche kann zu längeren Wegen für die Rechtssuchenden und vor allem für die Justizbeschäftigten führen. Gerade in Zeiten, in denen unsere rechtsstaatlichen Institutionen von Rechtsaußen unter enormem Druck steht, kann leicht der falsche Eindruck entstehen, der Rechtsstaat ziehe sich zurück. Zwar kann dies in der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit nicht allein durch die Digitalisierung abgefedert werden. Im direkten Gespräch und Austausch können Argumente und Fakten häufig am besten ausgetauscht und die besten Ergebnisse erzielt werden. Aber insbesondere die Gerichtstage in den in der Fläche weiterhin vorhandenen Amtsgerichten sind ein adäquates Mittel, die wegen der Abdeckung der Amtsgerichte sogar zu einer Verbesserung der örtlichen Erreichbarkeit führen könnten

Für die Beschäftigten in der Justiz entstehen große Existenzängste. Teilweise muss ein Umzug erfolgen oder es müssen lange Pendelwege in Kauf genommen werden. Auf Grund der unzuverlässigen Bahn heißt das vor allem, dass vermehrt mit dem Auto gependelt werden muss. Wir wollen dafür eintreten, dass durch den Ausbau neuer Arbeitsformen wie Homeoffice, Co-Working-Räumen und die Ermöglichung von Raumbuchungen in anderen Gerichten diese Nachteile verringert werden.

Die Justiz ist nicht nur eine Dienstleistung, sie ist ein Grundrecht der Menschen im Land. Sie ist Ansprechpartnerin bei empfundenem Unrecht. Sie ist ein Zeichen dafür, dass der Staat vor Ort ist, vermittelt und Rechtsfrieden schafft. Sie ist die dritte Säule und damit einer der Kernbereiche des Staates. Es gibt Bereiche, in denen Kürzungen besonders schmerzhaft sind. Dies gilt im Sozial- wie im Bildungsbereich, aber auch im Naturschutz oder im Bereich der Energiewende. Die Kürzungen dürfen keinesfalls dazu führen, dass der Staat nicht mehr handlungsfähig ist. Die Justiz als dritte Gewalt muss stark sein und insbesondere in herausfordernden Zeiten so aufgestellt sein, dass Recht durchgesetzt wird und der Rechtsstaat funktionsfähig bleibt.

Unterstützer*innen

Florian Juhl (KV Pinneberg); Johannes Gallon (KV Kiel); Jonah Schmidtke (KV Kiel); Andreas Bartelt (KV Segeberg); Finn-Pascal Pridat (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Franz Fischer (KV Kiel); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Nadine Mai (KV Pinneberg); Zoé Engel (KV Kiel); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Kerstin Leidt (KV Schleswig-Flensburg); Robert Lemke (KV Lübeck); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Helmut Borchers (KV Stormarn); Stefan Lansberg (KV Plön); Jörn Peter Böning (KV Plön); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Arne-Matz Ramcke (KV Lübeck); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Birte Duggen (KV Lübeck); Helmut Müller-Lornsen (KV Lübeck); Achim Jansen (KV Segeberg); Susanne Petersen (KV Kiel); Sascha Peukert (KV Lübeck); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Susan de Vrée (KV Segeberg); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen)

D3 Gegen Begrenzung als Leitziel der Migrationspolitik - Für eine vielfältige und offene Gesellschaft

Antragsteller*in: Said Etejjari (KV Segeberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben
2 gemeinsam eine EntschlieÙung im Bundesrat vorgestellt (Drucksache 464/24,
3 25.09.24): "Ordnung, Steuerung, Begrenzung und Humanität in der
4 Migrationspolitik sicherstellen".

5 Als Grüne Partei stellen wir uns bewusst gegen die Begrenzung und Abschottung
6 als Leitziel der Migrationspolitik in Schleswig-Holstein und Deutschland. Wir
7 fordern von unserer Grünen Regierungsbeteiligungen eine faktenbasierte und
8 humanitäre Migrations- und Fluchtpolitik.

9 Nach dem Attentat in Solingen müssen wir uns konsequent gegen pauschalisierende
10 und diskriminierende Forderung stellen, die alle Migrant*innen und Geflüchtete
11 unter Generalverdacht stellen. Herkunft, Nationalität, oder Aufenthaltsstatus
12 verursachen keine Kriminalität [1].

13 Die Forderung nach begrenzter Einwanderung wird nicht die Hauptursachen für
14 Migration und Flucht lösen: Verfolgung und Krieg in Herkunftsländern, sowie die
15 wirtschaftlichen und Arbeitsmarktbedingungen in Ankunftsändern [2].

16 • Der Wille nach Begrenzung in Deutschland wird internationale Konflikte
17 nicht lösen. Eine Politik der Begrenzung und Abschottung macht Geflüchtete
18 abhängig von Schleusern und gefährlichen Routen angewiesen [3], wie die
19 Migrationsforschung jahrelang gezeigt hat. Darüber stellt sich die Politik
20 immer noch gegen den Forschungsstand und behauptet, dass Sozialleistungen
21 Pull-Faktoren sind [4]. Kürzende Maßnahmen erschweren allerhöchstens die
22 Integration.

23 • Deutschland hat einen strukturellen Bedarf an migrantischen Arbeitskräften.
24 Besonders in unattraktiven Arbeitsplätzen erfüllen Migrant*innen
25 essenzielle Aufgaben [5]. Gleichzeitig kämpfen 82 % der deutschen
26 Unternehmen mit dem Mangel an Fachkräften [6]. Im internationalen
27 Wettbewerb um Arbeitskräfte können wir uns eine Abschottungspolitik nicht
28 leisten. Der aktuelle Diskurs und die politischen Maßnahmen schrecken hoch
29 qualifizierte Menschen ab, nach Deutschland zu kommen.

30 Eine einseitige Begrenzungspolitik ist deswegen weder im Sinne unserer
31 vielfältigen Gesellschaft und Demokratie, noch einer starken Wirtschaft.

32 Als Grüne Partei verstehen wir Diversität und Vielfalt als Stärke. Die
33 Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur mit Zusammenhalt lösen. Deswegen
34 machen wir uns stark für eine faktenbasierte Migrationspolitik.

35 Wie in anderen Anträgen gefordert, machen wir uns stark für eine erfolgreiche
36 und nachhaltige Integrationspolitik. Dazu gehört ein schneller Zugang zum
37 Arbeitsmarkt, nachhaltig finanzierte Sprachkurse, Bildung, Behörden,
38 Wohnungsmarkt, sowie die Unterstützung von Ehrenamtlichen.

39 Daneben muss Deutschland als attraktives Land für Arbeitskräfte im
40 internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben. Dies gilt besonders für den
41 Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, der innovative Lösungen und
42 technisches Know-how erfordert [7]. Sektoren wie erneuerbare Energien,
43 Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität und Kreislaufwirtschaft benötigen
44 dringend gut ausgebildete Fachkräfte. Ein Umfeld, indem Deutschland in der
45 Migrationspolitik pauschalisiert und sich abschottet, wird immer weniger
46 attraktiv.

47 [0] [Entschließung des Bundesrates: Ordnung, Steuerung, Begrenzung und Humanität
48 in der Migrationspolitik sicherstellen](#)

49 [1] [Kriminalität | Desintegration | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION
50 \(mediendienst-integration.de\)](#)

51 [2] [RESPEKT : Was ist Migration, Zuwanderung, Flucht? | Respekt | BR.de](#)

52 [3] [Q&A: How closed borders detour migrant routes - ICMPD](#)

53 [4] [Versorgung | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION
54 \(mediendienst-integration.de\)](#)

55 [5] [Hein de Haas: Migration... it's the economy, stupid!](#)

56 [6] [MPG-Studie: Fachkräftemangel 2024 | ManpowerGroup](#)

57 [7] [Klimaanpassung: Fachkräfte als ein Schlüssel zum Erfolg | Umweltbundesamt](#)

Begründung

Begrenzung darf kein Leitziel der Migration werden. Abschottung ist unrealistisch und gegen eine vielfältige Migrationsgesellschaft.

Unterstützer*innen

Sören Petersen (KV Lübeck); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Philipp Schmagold (KV Plön); Andreas Lang (KV Stormarn); Bent Ole Aude (KV Steinburg); Hartwig Hermann (KV Nordfriesland); Axel Rasmussen (KV Nordfriesland); Stephan Wiese (KV Nordfriesland); Marion Bernhardt (KV Nordfriesland); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Christoph Fischer (KV Segeberg); Aksel Leimbach (KV Stormarn); Malte Ranis (KV Kiel); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Regina Flesken (KV Pinneberg)